

Rede zum Haushalt 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Merklinger,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Petra Roth, Vorsitzende des Deutschen Städtetags und CDU-Oberbürgermeisterin in Frankfurt, hat die Lage in der vergangenen Woche auf den Punkt gebracht:

„Die Haushalte vieler Städte drohen zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden: zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben“

Für Steuersenkungen sehen wir GRÜNEN da keinen Platz. Diese vermeintlichen Wohltaten kommen nicht bei den Menschen an!

Die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das folgende oder das schon laufende Jahr ist ein wiederkehrendes, absehbares Ritual. Die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionen spiegeln dabei wider, welche Ausgabepositionen oder politischen Vorstellungen im politischen Spektrum einen größeren Raum einnehmen, worauf der Fokus gelegt wird. Nicht vergessen soll man auch, dass diese Reden, diese Darstellungen der Fraktionen die einzigen sind, die voll umfänglich in der Walldorfer Rundschau abgedruckt werden und den Parteien die einmalige Gelegenheit bietet, einmal umfänglich über ihre Visionen und Ziele zu berichten

Ökologisch – Bündnis 90/Die Grünen – einzigartig!

Für Bündnis 90/Die Grünen Walldorf lag in der Vergangenheit immer der Schwerpunkt der Ausführungen im ökologischen Bereich. Das ist sicher leicht nachvollziehbar und unschwer zu verstehen, haben die Grünen in ihrer nun bundesweit 30-jährigen Parteigeschichte ÖKOLOGIE von einem Randthema zu einem Kernthema politischen Handelns gemacht und es ist nach wie vor die erste Säule der vier politischen Ansätze, unter denen wir unser politischen Ziele subsumieren: **ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei.**

Auch in Walldorf sind die ökologischen Themen sehr eng und sehr extrem mit unserer Partei verbunden. Die meisten Themen und Anträge in diesem Bereich kamen in der Vergangenheit von uns und kommen auch heute noch von uns. Wobei wir gerne zugeben, dass der Erfolg, z. B. in der Umsetzung der Umweltförderprogramme, des Baus von Photovoltaikanlagen usw. korrespondierte mit der Finanzausstattung unserer Kommune. Dies machte es den anderen Parteien leicht, unseren Anträgen zuzustimmen und uns die erforderlichen Mehrheiten für ökologische Ausgaben zu bekommen.

In der letzten Zeit wird von Protagonisten anderer Parteien häufiger der Versuch unternommen, ebenfalls im Themenfeld Ökologie aktiv zu werden und Positionen zu beziehen. Dies werten wir ebenfalls als Erfolg unserer Arbeit, aber nicht ohne darauf hinzuweisen, dass man oder frau immer genau hinschauen muss, was dort propagiert wird. Denn ganz oft bleiben diese Forderungen bei den Anderen wachsw weich und sie

besitzen nicht die Radikalität und Hartnäckigkeit diese Forderungen letztlich umzusetzen, eben weil man sich vielen anderen Positionen ebenfalls verpflichtet fühlt.

Wir haben in den letzten Jahren, auch unter dem Eindruck der Klimakatastrophe der Nachhaltigkeit unseres wirtschaftlichen Handelns eine herausragende Bedeutung beigemessen. Der Klimawandel wird ein Katastrophenszenario bleiben, auch wenn es Wissenschaftler gibt, die bestimmte Auswirkungen in Frage stellen oder die zeitliche Abfolge geringer einschätzen.

Für uns bedeutet nachhaltiges Wirtschaften, dass wir politisch so handeln müssen, dass die Menschen, die nach uns kommen, in unsere Entscheidungen und deren Auswirkungen einbezogen sind. Konkret bedeutet dies, dass wir z.B. bei Bauvorhaben der Kommune darauf bestehen müssen und werden, dass diese in Passivhausbauweise realisiert werden. Kurzfristig bedeutet dies natürlich eine Mehrausgabe, aber langfristig wird dadurch enorm viel Geld, werden Finanzmittel gespart. Ich erwähne dies, weil es sichtbar macht, wozu wir Grüne bereit sind, zu radikalen Paradigmenwechseln, die von anderen Parteien in diesem Ausmaß und Umfang nicht mitgetragen werden und wir diese erst in langwierigen Prozessen von der Richtigkeit dieser Vorgehensweise überzeugen müssen.

Das ist der wesentliche Unterschied, der uns das – teilweise in Abrede gestellte – hervorgehobene Alleinstellungsmerkmal im ökologischen Bereich auch in Zukunft sichern wird.

Ein weiteres, bundespolitisches Beispiel, dass die Wichtigkeit der ökologischen Frage bei uns ernster genommen wird, ist das Thema Atomenergie. CDU und FDP halten an dieser rückwärtsgewandten, menschenfeindlichen Energieerzeugung nach wie vor fest und werden nach der Landtagswahl im Mai in NRW den mühsam gefunden Konsens der früheren rot-grünen Regierung zum Atomausstieg kündigen und werden die Laufzeiten von hochgefährlichen Schrottreaktoren verlängern. Und warum? Weil in der Vergangenheit nicht die Notwendigkeit zum Handeln bei erneuerbaren Energien gesehen wurde.

Wir stellen den Antrag, dass in Zukunft 100 Prozent echter Ökostrom in den städtischen Einrichtungen verbraucht werden. Der Strom soll aus sauberen Kraftwerken ohne Kohle- und Atomstrom bezogen werden, die Stadtwerke sollen weiterhin verstärkt in regenerative Erzeugungsanlagen investieren.

Wir müssen die klimapolitische Wende vorantreiben, uns von atomaren und fossilen Energien lösen. Auch in Walldorf. Wir können nicht immer nur warten, welche Kompromisse auf internationalen Klimakonferenzen gefunden werden und uns dann das für uns passende oder am wenigsten Schmerzhafteste raussuchen. Ein Leitsatz GRÜNER Politik lautet: Global denken – lokal handeln. Wir müssen bei uns zu Hause, in unserer Stadt, anfangen und dürfen unsere Erde dabei nicht aus den Augen verlieren. Unsere eigenen Klimaschutzziele müssen wir selbst definieren und diese haben wir definiert.

Deshalb halten wir auch wenig von dem Konvent der Bürgermeister.

Die Ziele des Covenant of Mayors

- 20% Steigerung der Energieeffizienz
- 20% Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger
- Reduktion der CO₂-Emissionen um 20%

Wir halten die Klimaschutzziele, die wir uns in Walldorf gesetzt haben, für wesentlich effektiver und weitgehender.

Für Bündnis 90/Die Grünen war ein Problem im Zusammenhang mit der Umsetzung ökologischer Forderungen und Prämissen immer, dass die Stadtverwaltung Walldorf und dort die Verwaltungsspitze dieses Thema immer sehr stiefmütterlich behandelt hat. Hier hätte ein Bürgermeister oder ein Beigeordneter mit ökologischem Faible viel bewirken können. Dies ist in vielen anderen Kommunen mit grünem Personal inzwischen eindrücklich bewiesen worden.

Ein Beispiel, der grüne OB von Tübingen, Boris Palmer, fährt inzwischen Elektrofahrzeug, die Stadtwerke bezuschussen den Kauf solcher Fortbewegungsmittel, hat für den Neujahrsempfang bei der Rückmeldung für die Teilnahme, drei Kästchen einfügen lassen. Einmal ich nehme teil, ich nehme teil und möchte meinen Strombezugsvertrag auf eine ökologische Variante umstellen lassen und einmal, ich möchte nichts für den Klimawandel tun.

Im Foyer beim Empfang konnten die Tübinger Bürgerinnen und Bürger beim Stand der Stadtwerke gleich ihren Änderungsvertrag abschließen.

SWW

Wir sind damit schon beim nächsten Punkt angekommen, die Stadtwerke Walldorf, auch sie ein Kind der Grünen. Wir haben dieses Thema in Walldorf Ende der 80er Jahre angestoßen und auf den Weg gebracht. Unterstützt vom damaligen Kämmerer Schaidhammer, der die wirtschaftlichen Rahmendaten ausgearbeitet und berechnet hat und deren Ergebnis nur die Konsequenz zuließ, dass sich das Ganze wirtschaftlich rechnet und von Vorteil ist. Es rechnet sich bis heute und durch den Querverbund mit den defizitären Bädereinrichtungen ist es eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte geworden. Wir erwähnen dies unter dem Aspekt, dass wirtschaftlich und strukturell keine Begründung vorhanden ist, für die Stadtwerke Walldorf im Moment einen strategischen Partner zu suchen und vor allem nicht, einen Partner der im großen Energiemarkt mitspielen möchte und für den wir nicht auf Augenhöhe kooperieren würden. Wir weisen auch deshalb darauf hin, weil es zahlreiche Kommunen in Ba-Wü gibt, die ihr vor Jahren verkauftes Energienetz und ihre Stadtwerke heute wieder zurückkaufen möchten. Warum, weil sie die Erfahrung gemacht haben, dass damit gutes Geld verdient werden kann, dass man selbst die Gebührenhöhe beeinflussen kann und weil die Serviceleistungen für die Bürger umfassender und besser sind.

Deshalb fordern wir, dass die Stadtwerke Walldorf zu 100 % im Besitz der Stadt Walldorf bleiben müssen.

Unsere Rede zum Haushalt beinhaltet wenig konkrete Zahlen, das ist auch so gewollt. Wir wollen auf die Dinge intensiv eingehen und die Themen ausführlich behandeln, die uns wichtig sind und die eine gewisse Brisanz haben.

Verkehr

Die Diskussion um **Lärm- und Feinstaubbegrenzung** macht es deutlich: jeder einzelne muss einen Beitrag zur Verringerung leisten. Die schnell wirksamste Möglichkeit ist eine Tempobeschränkung auf innerorts 30 km/h, die wir in Walldorf zum großen Teil schon realisiert haben und bei Autobahnen auf 80 bis 100 km/h.

Unsere Verkehrsprobleme – zu denen wir alle mit unserem Mobilitätsverhalten nun mal beitragen – sind nicht mehr mit den bisherigen Methoden zu lösen. Wir werden Abschied

nehmen müssen von dem Gedanken, durch Straßenum- und -neubauten die Belastungen in Griff zu bekommen. Vielmehr müssen wir den Schwerpunkt und das Verhalten auf **andere Mobilitätsträger** lenken. Aus diesem Grund wollen wir auch weiterhin an der Bezuschussung zum ÖPNV festhalten, fordern einen engeren Takt der S-Bahn, wer frühmorgens und abends in den vollen S-Bahnen steht, weiß wovon wir reden, und wir wollen die Nutzung des Fahrrads als innerörtliches Verkehrsmittel stärken. In diesem Zusammenhang beantragen wir auch die Bewerbung der Stadt um Bundesmittel im Rahmen der Kampagne „Kopf an: Motor aus.“

Aus dem Kampagnentext:

Autofahrer davon zu überzeugen, auf kurzen Strecken lieber mal aufs Rad zu steigen oder zu Fuß zu gehen, ist keine leichte Aufgabe. Dabei gibt es mehr als genug gute Argumente: Vom Klimaschutz über weniger Lärm und höhere Lebensqualität bis hin zur eigenen Fitness und Gesundheit. Was all den guten Argumenten gegenüber steht, ist häufig nur der innere Schweinehund. Und genau auf den zielt die „Kopf-an“-Kampagne ab.

Schule und Kindergarten

Durch den Bau der Sozialen Mitte kann das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren verbessert werden. Damit einhergehen muss die weitere **Qualifizierung der Mitarbeiterinnen** in den Kindertageseinrichtungen. Die räumlichen und personellen Voraussetzungen müssen dem Bildungsauftrag entsprechend dem Orientierungsplan gerecht werden. Gerade im Elementarbereich ist auf qualifizierte Betreuung zu achten, da hier Grundlagen der emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung geschaffen werden. Dies ist eine der Voraussetzung für eine umfassende Chancengleichheit.

Den Kindergarten als Bildungseinrichtung würden wir gerne analog der Schule beitragsfrei sehen.

In den vergangenen Jahren haben wir in Walldorf als Schulträger bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um den veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten gerecht zu werden. Verstärkt werden unsere Schulen in Ganztageschulen umgestaltet, die Kindern einen anregenden und betreuten Lernraum und den berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung bieten sollen. Allerdings werden wir bei unseren Bemühungen finanziell allein gelassen. Das Land, das verantwortlich ist für die Gestaltung der Schullandschaft, bezuschusst diese Anstrengungen bei Sprachförderung, Schulumessen, Hausaufgabenhilfe unzureichend bis gar nicht. Der Bedarf nach ganztägiger, verlässlicher Betreuung bei gleichzeitiger Erweiterung der Zeiten für Bildung versuchen wir gerecht zu werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Schulen als Ganztageschulen aufgestellt werden müssen. Aber es kann nicht sein, dass dies kommunal finanziert werden muss. Wir hoffen darauf, dass alle Betroffenen hier ein Signal setzen für eine **besser gestaltete Schulpolitik**. Dann wollen wir als Schulträger alles zu funktionierenden Rahmenbedingungen, wie Ausstattung und Räumlichkeit, beitragen. Wir in Walldorf können wegen unserer Finanzkraft die personellen Ausgaben, die ein Ganztagesangebot mit sich bringt, aufbringen, aber Kostenträger und die Verantwortung dafür liegt beim Land und der zuständigen Regierung.

Drehscheibe

Dieses Thema haben sie sicher erwartet und es war natürlich klar, dass wir es nicht außen vor lassen können. Auch unser Bürgermeister gibt diesem Thema in allen möglichen Verlautbarungen einen großen Raum, Homepage der Stadt, Neujahrsansprache, ich habe gehört ¼ Stunde und Pressegespräch RNZ zum Jahreswechsel.

Das Thema wird uns in Walldorf, wird Gemeinderat und Bürger, Verwaltung, Astorstiftung und Ärzte noch einige Zeit begleiten, emotionalisieren und macht heute schon deutlich wehe, wenn man sich wehrt, dann kannst du was erleben! Wo doch schon, ic glaube Brecht war es gesagt hat: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Konkret ging es erst einmal darum, dass auf dem freien Platz an der Drehscheibe ein Gebäude mit Tiefgarage errichtet werden sollte. Dieses Gebäude sollte beinhalten, Ladenfläche für den Einzelhandel, ca. 1000 qm, altengerechte Wohnungen und Flächen für Arztpraxen. Walldorfer Ärzte waren in der Planungsphase einbezogen,

Soweit so gut. Die Planung wurde ausgeschrieben, man suchte einen Investor, der die Planung und den Betrieb eigenständig realisieren sollte. Schon damals gab es leider nur zwei Bewerber, der Gemeinderat wählte einen aus und dann begann die Misere.

Es fanden sich keine Interessenten, die als Einkaufsmagnet, als Ankermieter das Vorhaben beleben konnten. Gleichzeitig wurde deutlich, dass der Bedarf nach altengerechten Wohnungen in Walldorf eine Sättigung gedeckt war, dass es dafür keinen Markt mehr gab.

Der Investor bekam ganz marktwirtschaftlich betrachtet, flau Gefühle und sah sich nicht in der Lage das ganze unter Marktbedingungen zu betreiben. Obwohl inzwischen die Planung modifiziert wurde und die altengerechten Wohnungen durch zusätzlichen Raum für Arztpraxen ersetzt wurden.

Als der Investor dann aussteigen wollte, kam es zur Gretchenfrage, die lautete, „Soll die Stadt als Investor einspringen?“ Eine Mehrheit im Gemeinderat wollte das, wir nicht!

Unsere Ablehnung basierte auf folgende Begründungen:

- wir brauchen keine weitere Tiefgarage im Ort
- für eine Bebauung der letzten freien innerörtlichen Fläche sehen wir keine zeitlich dringende Notwendigkeit
- die Stadt ist als Investor nicht gefordert, wenn der Markt die in den Fokus gerichteten Ziele nicht hergibt, geht es nur mit Subventionen, die wollen wir nicht
- negative Erfahrungen mit allen wirtschaftlich betriebenen Gebäuden der Stadt, alle werden hoch subventioniert, z.B. Pfälzer Hof, Gebäude Dannheimer, Markt und Gaststätte in der Stiftstraße.

In der Folge wurde dann die ärztliche Versorgung als primäres Ziel in den Raum gestellt, wer gegen die Bebauung war dem wurde verbal die Keule über den Kopf gezogen, dass er gegen die Sicherung der ärztlichen Versorgung ist. Darum geht es tatsächlich nicht und ein ganz klares eindeutiges Statement von Bündnis 90/Die Grünen geben wir heute Abend hier ab: "Wir unterstützen die Verbesserung und Sicherung der ärztlichen Versorgung in Walldorf!" Aber wir sind der festen und tiefen Überzeugung, dass diese mit einem Neubau an der Drehscheibe nicht gewährleistet wird!

Wir wollen folgende Argumente zur Stützung unserer Thesen anführen:

- Ärzteversorgung soll nun auf einmal verbessert werden, nachdem das erste Konzept nicht funktioniert hat. Doch auch beim zweiten, Veränderten Konzept sind die Investoren abgesprungen
- Was bedeutet das Projekt für die Stadt-Mitte: erhöhtes Verkehrsaufkommen, Verschandelung des Platzes, dauernde Instandhaltungskosten für Bau, keine anderen Alternativen möglich, etc.

Alternativen

- Café, Marktplatz, Event Area oder Pavillon, etc.
- Evangelische Kirche braucht Raum
- Der Einzelhandel in Walldorf wird mit dieser Maßnahme nicht verbessert?

Zahlreiche vorhandenen Ärztepraxisflächen

- 2 x Sparkasse
- Praxis Bürkmann
- Praxis Gann
- Praxis Dr. Steidel

Kassenärztliche Regelungen / Randbedingungen

Welche Ärzte sind da und gehen nicht bald in Rente

Welcher Facharzt fehlt

Kann hier einer überhaupt zu ziehen

Wenn ja, unter welchen Bedingungen

Wenn nein, warum nicht.

Wirtschaftslage

Gleichzeitig greift die Finanz- und Wirtschaftskrise immer mehr um sich. Die Heidelberger Druckmaschinen haben zur Konsolidierung der Finanzsituation ca. 5000 Mitarbeiter weltweit entlassen. SAP hat nach einer Phase der Stagnation und bisher nicht bekannter Umsatzrückgänge Sparprogramme angeordnet. In diesem Zusammenhang haben die ehemals skeptischen Mitarbeiter kennen und schätzen gelernt, dass sie inzwischen einen Betriebsrat haben., GM meldet Insolvenz an. 34.000 deutsche Unternehmen gehen im Jahr 2009 pleite. Die Wirtschaftsweisen halten die massiven Steuersenkungen für nicht gegenfinanzierbar, stattdessen heißt es sparen, sparen, sparen. Das Staatsdefizit soll im nächsten Jahr auf 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.

In Walldorf, bei der Kommune sieht es nach wie vor hervorragend aus. Unsere Einnahmen sind konstant hoch, durch die Senkung der Höhe der Kreisumlage wird die Rücklagenentnahme ein wenig verringert.

Im Chinesischen gibt es ein einzelnes Schriftzeichen für die beiden Bedeutungen „Krise“ und „Chance“. Die jetzige weltweite Situation sollte man genau so sehen: Sie als Krise und als Chance verstehen und auch bestehen. Wir als Kommune, der es schon seit Jahren besser geht als vielen Vergleichbaren oder den Städten in direkter Umgebung sollten einen aktiven Part in der Bewältigung der Krise übernehmen und machen dies ja auch, wie man an den investiven Ausgaben sehen kann.

Um es mit Boris Palmer zu sagen: „Politik ist wie Bäume schneiden. Man muss die Oberen stützen, damit die Unteren mehr Licht bekommen.“

Schlussbemerkung

Die finanziell einmalige Situation hier in Walldorf sollte für alle politisch Handelnden eine Verpflichtung sein, nachhaltig Dinge in unserem Gemeinwesen zu gestalten, die lange Bestand haben und die noch von den folgenden Generationen nicht als Belastung, sondern als positive Leistungen gewürdigt werden.

Vielen Dank für Ihr Interesse.

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen